

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Frankfurt / Dienstag, 1. 11. 1949

Herausgegeben von Hans Baumgarten, Erich Dombrowski, Karl Korn, Paul Sethe, Erich Welter

Täglich / 20 Pfennig / Nr. 1

Zeitung für Deutschland

Unsere Leser haben heute die erste Nummer der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor sich. Dieses Blatt setzt die journalistische Arbeit fort, die in Mainz mit der „Allgemeinen Zeitung“ begonnen worden ist. Aber es knüpft zugleich den Anfang zu einem neuen Werk. Unsere Leser haben wohl ein Recht zu erfahren, was damit beabsichtigt ist.

Aus der Tatsache, daß einige unserer Mitarbeiter früher der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ angehört haben, ist vielfach geschlossen worden, hier werde der Versuch gemacht, die Nachfolgerschaft dieses Blattes anzutreten. Eine solche Annahme verkennt unsere Absichten. Wie jeder, so haben auch wir die hohen Qualitäten dieses Blattes bewundert; daß die Besatzungsmächte sein Wiedererscheinen sofort nach dem Waffenstillstand nicht gestatteten, wird immer ein Kennzeichen für ihre Unkenntnis der deutschen Verhältnisse bleiben. Aber der Respekt vor einer hervorragenden Leistung; bedeutet noch nicht den Wunsch, sie zu kopieren. Wir haben einen ziemlich kräftigen Ehrgeiz, und dieser ist vornehmlich auf eigene und selbständige Leistung gerichtet. Wir haben genaue Vorstellungen von einer neuen Art Zeitung, die wir schaffen möchten. Für sie müßte die Wahrheit der Tatsachen heilig sein; sie müßte sich der strengen Sachlichkeit in der Berichterstattung befleißigen; sie müßte auch den Andersmeinenden gegenüber immer Gerechtigkeit walten lassen; und sie müßte sich bemühen, nicht an der Oberfläche der Dinge stehen zu bleiben, sondern

ihre geistigen Hintergründe aufzusuchen. Dies alles also wollen wir redlich; aber wir glauben, zu diesem neuen Typ von Zeitung müßte auch eine beträchtliche Volkstümlichkeit, ein Ansprechen breiter Schichten — ohne ihre Umschmeichlung — gehören. Natürlich denken wir nur an diejenigen, die sich mit uns bemühen wollen, über die Dinge nachzudenken, statt Schlagworten nachzulaufen. Für die Denkfaulen möchten wir nicht schreiben. Aber sonst meinen wir, daß die Vereinigung von breiter Wirkung und geistigen Ansprüchen sehr wohl möglich sei.

Es ist also eigentlich allerhand, was uns vorschwebt. Alle, die wir fragen, sagen uns, daß dieses Ziel sehr schwer zu erreichen sei; manche meinen: unmöglich. Daß unser Vorhaben nicht leicht ist, wissen wir, weil wir eben vom Fach sind. Daß es unmöglich sei, möchten wir nachdrücklich bestreiten. Wir haben bei unserer Vorarbeit in Mainz einige Erfahrungen gesammelt und sind schon von daher zuversichtlich. Natürlich werden wir eine Menge Fehler machen, vor allem am Anfang; später hoffentlich weniger. Aber wir denken doch, daß unser Ziel am Ende ganz leidlich gelingen werde. Die Leser aber, die uns auf unserem Wege folgen werden, können unser Bemühen von Anfang an verfolgen; vielleicht wird sich einiges von der inneren Spannung, die uns erfüllt, auch ihnen mitteilen.

Natürlich ist das alles, so sehr es uns beschäftigt, nicht Selbstzweck. Journalismus ist für uns die schwierigste, schreck-

lichste, aufregendste, herrlichste Sache von der Welt. Aber auch für uns wird er seelenlos, wenn er um seiner selbst willen betrieben wird. Wir möchten noch einiges mehr, als nur eine gute Zeitung machen. Wir möchten in einer Zeit, in der die Freiheit keineswegs allein durch die Diktatoren; sondern ebenso durch Verfassung, durch Trägheit und Unduldsamkeit bedroht ist, das lebendige Gefühl für dieses kostbarste aller irdischen Güter entfachen. Das gilt für die einzelnen Menschen wie für unser Land. Wir verabscheuen den Chauvinismus; wir stellen nicht die Nation über die Menschheit. Aber wir lieben ebensowenig die unwürdige Rolle der nationalen Unfreiheit. Gerade weil wir uns als Europäer empfinden, möchten wir nicht, daß ein einziges Land, nämlich das unsere, in die europäische Gemeinschaft als ein Mitglied minderen Rechtes trete. Von den großen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit, denen unsere Arbeit dienen soll, darf Deutschland nicht ausgeschlossen bleiben. Wir hoffen, einiges dazu tun zu können.

Deutschland hat keinen Außenminister. Seine Stimme dringt nur schwach nach draußen. Hier möchte dieses Blatt einsetzen; es will eine Stimme Deutschlands in der Welt sein. Hierzu haben wir ebenfalls in Mainz einige Vorarbeit geleistet, die uns zum Vertrauen berechtigt. Auch bei diesem Vorhaben uns zu folgen, möchten wir unsere Leser einladen. Wenn wir dann einige Jahre gemeinsam gewandert sind, werden wir uns hoffentlich sagen können, daß unsere gemeinsame Arbeit nicht vergeblich gewesen ist.

In Berlin

he. Ganz Deutschland schaut in diesen Tagen nach seiner früheren Hauptstadt. Solten ist ein Staatsoberhaupt so sehr der Dolmetsch von Gefühlen einer ganzen Nation gewesen als gestern, da Theodor Heuß zu den Hunderttausenden auf dem Platz vor dem Rathaus sprach. Seine Zuhörer waren unsichtbar nicht nur die Millionen Menschen aus den Westzonen, sondern auch alle die siebzehn Millionen, die auch nach der Errichtung des mittel-deutschen Staates weiter unter russischer Herrschaft leben. Wie sehr auch immer ihre wirklichen Empfindungen niedergehalten werden, in Wirklichkeit weiß

doch alle Welt, daß auch die Bewohner der Gebiete östlich der Linie von Lübeck nach Kassel in Theodor Heuß ihren Präsidenten sehen.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß die Bundesrepublik für ihr notleidendes zwölftes Land mehr übrig hat als nur symbolische Gesten. Der Finanzminister hat in der letzten Sitzung des Bundestages einiges von dem Programm mitgeteilt, das Westdeutschland für Berlin bereit hält. Diesem Programm liegen mehr als Nützlichkeitserwägungen zu Grunde. Dahinter steht die Überzeugung, daß, wenn wir gemeinsam leiden, wir gemeinsam leiden wollen, und daß, wenn wir wieder aufsteigen, wir gemeinsam diesen Weg gehen wollen.

Der Saum des Mantels

PS Selten hat man in Deutschland, hat man auch in der Welt einer neuen französischen Regierung mit soviel Spannung entgegengesehen wie der gegenwärtigen, die eben ihr Amt angetreten hat. Die letzten Wochen nämlich waren erfüllt von Gesprächen über große Möglichkeiten von zukunftszeugenden Taten; aber die Aussichten auf Heil und Unheil für Deutschland und die Welt waren dabei wirr ineinandergelochten, und wirkliche Klarheit war niemals zu erzielen, weil die Gespräche immer bei der Frage endeten: Wie wird man sich in Paris entscheiden?

oder noch später von den Ereignissen abfordern zu lassen?

Man weiß, was uns wohlmeinende Freunde aus Frankreich zu entgegengen pflegen! Unser westlicher Nachbar steht noch allzu sehr unter dem Einfluß von Krieg und Besatzung, als daß es sich so leicht von der Erinnerung lösen könne. Das ist sicher nicht falsch; aber könnte nicht eine Staatsführung, die wirklich bis in ihr innerstes Wesen die ungeheure Gefahr für unser ganzes westliches Dasein spürt, — eine Gefahr, die wahrhaftig nicht von Deutschland her droht — könnte sie sich nicht zur Aufgabe der psychologischen Führung machen, ihre Nation von dem ewigen Starren nach rückwärts zu lösen und ihren Blick nach vorn zu richten? Man sollte meinen, auch die Erinnerung der Vergangenheit würde dazu beitragen. Die französische Politik in den zwanziger und zu Anfang der dreißiger Jahre ist mit keuchendem Atem ganz dicht hinter dem Gang der Weltgeschichte hergelaufen. Briand hat versucht, den Saum des Mantels der großen Geschichte im Vorübergehen zu erfassen; gefolgt ist es ihm so wenig wie Stresemann in Deutschland. Das Ende kennen wir.

Außenminister der neuen Regierung ist wiederum Herr Schuman, einer der wenigen Politiker unserer Zeit nicht nur von europäischer Gesinnung, sondern auch von europäischem Format. Er hat vieles dazu getan, den Weg unseres zerrissenen Erdteils in eine neue Gemeinschaft zu bahnen. Er ist wahrscheinlich nicht das, was man in einem flachen Sinne einen Deutschenfreund zu nennen pflegt. Aber seine Vorstellungen von dem neuen Europa schlossen Deutschland nicht aus. Um so herber war in diesem Herbst die Entmutigung der entschlossenen Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung. Die Festsetzung des neuen Marktkurses und das Verbot der Erhöhung des deutschen Kohlenpreises haben die Deutschen schwer getroffen. Es geht nicht nur um die Schäden für die schwermringende deutsche Wirtschaft dabei, die auf die Dauer nicht leben kann, wenn sich die Ausfuhr nicht steigert. Wichtiger vielleicht noch ist die Tatsache, daß fast in der Geburtsstunde der Bundesrepublik uns auf die nachdrücklichste Weise sichtbar gemacht worden ist, wie schattenhaft noch immer unsere staatliche Souveränität geblieben ist und wie tief die Eingriffe des Auslandes in unser inneres: politisches Leben sein können. Auch wer sonst den Fortschritt in der Stellung Deutschlands zur Welt dankbar anerkennt hat, hatte plötzlich das Gefühl, um viele Meilen zurückgeworfen zu sein. Jeder in Deutschland hätte einen Eingriff verstanden, der eine neue Wiederaufrüstung unmöglich hätte machen sollen. Aber daß hinter der Entscheidung der Westmächte die Überlegung stand, man müsse ausländischen Industriezweigen wirtschaftlichen Nutzen gewähren, und dies im selben Augenblick, in dem immer lauter der Ruf gerade nach der Wiederaufrüstung unseres Landes erhoben wird, dies hat bleibende und tiefe Bedrückung ausgelöst.

Heute würde sich bei ähnlichen Ereignissen kein neuer Hitler erheben. Diese Gefahr ist für immer vorbei. Aber heute würde vielleicht am Ende dieser Entwicklung eine verzweifelte oder gleichgültige Nation in der Mitte Europas stehen. Auch das kann Frankreich nicht gleichgültig sein. Man hat einiges davon gehört, daß der französische Generalstab zu der Überzeugung gekommen sei, Deutschland müsse Westeuropa mit verteidigen helfen. Sehen wir von diesen militärischen Voraussetzungen ab, die deutschen Ohren nicht eben angenehm klingen können; aber glaubt man im Ernst, daß eine Nation, die sich immer zurückgeworfen fühlt, auf die Dauer auch in der geistigen Haltung ein Bollwerk Europas sein könnte?

Das sind Sorgen für die ferne Zukunft, aber gewiß auch heute nicht leicht zu nehmen. Für den Augenblick sollte uns vielleicht in Westeuropa eine andere Möglichkeit näher liegen. Die Amerikaner haben sich in der Frage der Markabwertung und des Kohlenpreises den französischen Wünschen angeschlossen. Aber sie haben es nicht gerne, und sie haben es nur zögernd getan. Verstimmung ist bei ihnen zurückgeblieben. Wir machen uns keine Illusionen; die Amerikaner sind nicht „deutschfreundlich“, und sie haben eine größere Zuneigung für die Franzosen als für uns. Wenn sie in den letzten Monaten offenbar mit der Pariser Politik nicht mehr übereinstimmen, so geschieht das aus einem anderen Grunde, als weil sie uns begünstigen möchten. Bürger eines Landes, die einige volle Tage brauchen, um von einem Ende des Landes zum andern zu reisen, haben nicht viel Verständnis für die Überlegung, die als Grundlage für den Nutzen oder den Schaden eines Landes von der Größe Nebraskas oder Alabamas haben. Es sind die Amerikaner, die oft lebhafter als wir in Europa die europäische Gemeinsamkeit gestaltet sehen möchten. Was werden sie tun, wenn sie statt dessen die verstaubte Nationalstaats-Idee immer wieder triumphieren sehen? Es mag sein, daß sie dann dieser fürchten und klebrigen europäischen Streitigkeiten müde werden und völlig ihre Unterstützungsbereitschaft zurückziehen beginnen. Und, ob uns dies Vergnügen macht oder nicht, ohne diese Bereitschaft ist Europa, das seine Selbständigkeit längst durch innere Zerfleischung verloren hat, dem Untergange preisgegeben.

So viel drängende Überlegungen sollten sich gegenwärtig in Paris zusammenballen, wenn Herr Bidault und Herr Schuman ihre neue Regierung beginnen. Für uns alle, die wir den Rest europäischer Kultur und europäischer Wirtschaft verteidigen möchten, hängt Unendliches davon ab, ob der Ruf der Geschichte vom Qual d'Orsay vernommen wird.

Der Bundespräsident in Berlin

Professor Heuß von den Berlinern stürmisch umjubelt

Drahtbericht unseres Korrespondenten

er. Berlin, 31. Oktober. Strahlend blauer Himmel und Sonnenschein lagen am letzten Oktobertag über Berlin, als um 11.40 Uhr die planmäßige amerikanische Verkehrs-Maschine auf dem Flugplatz Tempelhof zur Landung ansetzte. Die Berliner städtischen Verkehrsmittel und die öffentlichen Gebäude hatten Flaggenschmuck angelegt, und die Straßen zwischen Tempelhof und dem Berliner Vorort Wannsee, wo Bundespräsident Heuß während seines zweitägigen Berlin-Aufenthalts wohnen wird, waren von Menschenmengen dicht umskümt. Sie kamen freiwillig, um dem Präsidenten bei seiner Fahrt durch die Straßen zu winken zu können.

Auf dem Flugplatz hatten sich Oberbürgermeister Reuter, Bürgermeister Dr. Friedenburg, die Vorsitzenden der Berliner Parteien sowie Vertreter des Magistrats eingefunden.

Außerordentliche Sitzung des Magistrats Um 14.30 Uhr trug sich Professor Heuß in das „Goldene Buch der Stadt Berlin“ ein. Um fünfzehn Uhr begann die außerordentliche Sitzung im Rathaus Schöneberg, dessen Portal, die große Eingangshalle und der Sitzungssaal festlicher und farbenprächtiger denn je geschmückt waren. In diesem Gebäude, das von 1919 bis 1933 die Wirkungsstätte des damaligen Stadtverordneten Heuß war, sollte der Bundespräsident zu den Berlinern sprechen.

Nachdem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr Professor Heuß im Namen der Stadtverordnetenversammlung zum Ehrenbürger Berlins ernannt hatte, bestätigte Oberbürgermeister Reuter diese Ernennung mit den Worten: „Die Ehrenbürgerurkunde ist nur ein Provisorium, ihr Inhalt ist jedoch echt; da Sie, Herr Präsident, in einer provisorischen Hauptstadt wohnen glaube ich, daß Sie für dieses Provisorium Verständnis haben werden.“

Der Präsident zu den Berlinern

Dann sprach Professor Heuß: „Das Schicksal Berlins hängt an Westdeutschland, aber auch das Schicksal des gesamten deutschen Volkes hängt an Berlin.“ Berlin liege weniger daran, weltpolitisch so interessant zu bleiben, wie es jetzt geworden sei. Es wolle vielmehr Arbeit haben. Der Bundespräsident sprach dann von den Erinnerungen an vergangene Zeiten, die gerade das Wiedersehen mit dem Hause in ihm wachrufe. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr sagte anschließend, er wolle dem Bundespräsidenten nicht nur mit Worten danken, sondern er wolle ihm das Beste zeigen, was Berlin besitze und was diese Stadt so stark gemacht habe: seine Menschen.

Die Menschenmenge, die sich auf dem Platz vor dem festlich geschmückten Rathaus versammelt hatte, war unübersehbar. Nicht nur aus den Westsektoren der Stadt

waren sie gekommen, Tausende kamen auch aus Ostberlin. Stürmisch begrüßt ergriff der Bundespräsident das Wort. Er wandte sich nicht nur an die Berliner, sondern er sprach auch zu den Menschen der Ostzone, indem er ausrief: „Die Ostzone spricht aus mir, meine Stimme und meine Worte hören Millionen deutscher Menschen, die gegenwärtig zur Stummheit und zum Schweigen verurteilt sind.“ Auch in Bonn sei nicht alles so, wie man es sich wünsche. „Wir haben ein Besatzungsstatut, ein Ruhrstatut, aber wir haben keine Konzentrationslager. Wir haben ein freies Leben, Freiheit der Presse, und alle politischen Parteien können frei arbeiten. Wir sind die Stellvertreter für alle Deutschen, die an der Entscheidung nicht teilhaben können.“ Abschließend sagte der Bundespräsident, es werde der Tag kommen, wo Berlin die Hauptstadt des einheitlichen Deutschlands sein werde.

Nach dem stürmischen Beifall, der dieser Rede folgte, sprach noch einmal Oberbürgermeister Reuter: „Da wir noch keine Nationalhymne haben, wollen wir zum Schluß

die dritte Strophe des Niederländischen Dankgebets singen.“ Mit entblößtem Haupt sangen die etwa zweihunderttausend Anwesenden das Dankgebet.

Empfang bei den Kommandanten

Für den Abend war in der Städtischen Oper zu Ehren des Bundespräsidenten eine Festsaufführung des „Fidelio“ vorgesehen. Der Empfang im Foyer der Oper folgt.

Wie die Deutsche Presse-Agentur ergänzend meldet, hat Bundespräsident Heuß in den frühen Nachmittagsstunden des Montag die drei westlichen Kommandanten Berlins in den Amtsräumen des Oberbürgermeisters im Schöneberger Rathaus empfangen. Professor Heuß, in dessen Begleitung sich sein Sohn, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Kaiser, der Ministerialdirektor von Bott und mehrere Ministerialräte befanden, begab sich nach der Begrüßung auf dem Flugplatz in das Gästehaus der Stadt Berlin am kleinen Wannsee. Seit Montagfrüh wehen von diesem Gebäude die Fahnen der Bundesrepublik Deutschland und Berlins.

Inkognito in Frankfurt

Frankfurt, 31. Oktober. (Eigener Bericht.) Bundespräsident Professor Heuß hatte am Montagvormittag kurz vor seinem Abflug nach Berlin auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt erklärt, sein Besuch solle einfach die Zusammengehörigkeit des Westens mit der ehemaligen Reichshauptstadt zum Ausdruck bringen; und zwar eine Zusammengehörigkeit, die nicht in Paragraphen ruhe, sondern aus der Seele spreche. Das deutsche und das Berliner Schicksal seien ineinander unzertrennbar verwoben. Das Ergebnis der Berliner Tage wünsche er so verstanden zu wissen, daß die noch bestehenden formalen Lücken im Verhältnis der ehemaligen Reichshauptstadt zu dem Westen im Menschlichen überbrückt werden.

Der amerikanische Flugcaptain Robert Nordt, der am Montagvormittag zum 187. Male die Route Frankfurt-Berlin flog, hatte in seiner planmäßigen Verkehrsmaschine Heuß als prominenten Fluggast. Er saß neben Geschäftsreisenden, einer Krankenschwester und zurückkehrenden Berliner Einwohnern.

Der Bundespräsident war mit seiner Begleitung schon am Sonntagabend in Frankfurt eingetroffen und hatte sich, wie Ministerialrat Bott erzählte, riesig gefreut, daß ihm die Stadt Frankfurt zu seinem inoffiziellen Besuch einen Blumenstrauß in den Stadtkarben Weiß-Rot überreichen ließ. Der Präsident war inkognito nach Frankfurt gekommen, weil er vor seinen Berliner Tagen noch ein paar Stunden Ruhe haben wollte.

Ein Zwischenfall

Berlin, 31. Oktober. (dpa) Drei Personen, die während der Ansprache des Bundespräsidenten Flugblätter aus einer Häuserruine auf den Berliner Rudolf-Wilde-Platz geworfen hatten, wurden von der Polizei in Schutzhaft genommen, um sie gegen die drohende Haltung der Kundgebungsteilnehmer zu schützen. Sie werden bereits am Dienstag vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt, da die Verteilung illegaler Flugblätter gegen die Bestimmungen der Besatzungsmächte verstößt.

Austritt aus der Regierung

Rom, 31. Oktober. (AP) Die antikommunistische sozialistische Partei Italiens hat am Montag beschlossen, aus der italienischen Regierung auszuscheiden. Dieser auf einer Tagung der Parteivorsitzenden gefaßte Beschluß kann zum Rücktritt des gesamten Kabinetts de Gasperi Anlaß geben.